

## Umwelt

### Klimarahmenkonvention | 26. Vertragsstaatenkonferenz 2021

### Kyoto-Protokoll | 16. Treffen der Vertragsstaaten 2021

### Klimaabkommen von Paris | 5. Vertragsstaatenkonferenz 2021

- Drei Rahmenbeschlüsse gefasst
- Internationaler Handel mit Emissionsrechten
- Klimaschutz nun Sache der Vertragsstaaten

Nach einer fast zweijährigen Zwangspause fand vom 31. Oktober bis 13. November 2021 in Glasgow die 26. Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties – COP-26) vor dem Hintergrund des **Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC)** statt – zusammen mit der 16. Vertragsstaatenkonferenz des **Kyoto-Protokolls**, der 5. Vertragsstaatenkonferenz des **Übereinkommens von Paris über Klimaänderungen** sowie weiteren, untergeordneten Gremientagungen. Während andere Verhandlungsprozesse der UN weiterhin auf physische Treffen weitgehend verzichten, stellte die COP-26 trotz teilweise erheblicher logistischer Schwierigkeiten mit knapp 40 000 Personen, die Hälfte davon Regierungsvertreterinnen und -vertreter, einen neuen Teilnehmerrekord auf.

Die Konferenz begann mit einem Gipfel mit über 120 Staats- und Regierungschefs, die zu mehr Klimaschutzambition aufrufen und allerlei Initiativen und Finanzzusagen ankündigten, so auch die britische Präsidentschaft.

### Verhandlungsergebnisse

Mit dem ›Glasgower Klimapakt‹ wurden drei Rahmenbeschlüsse gefasst, die das wesentliche Verhandlungsergebnis der Konferenz ausmachen. So sollen die Kohleverbrennung sowie ineffiziente Subventionen für die Nutzung fossiler Energien auslaufen. Daneben wurden eine Reihe neuer Dialogprozesse initiiert, so etwa ein jährliches hochrangiges Ministertreffen zur Ambitionssteigerung, ein ›Glasgower Dialog über Schäden und Verluste‹, der zwischen den Jahren 2022

und 2024 über klimabedingte Folgen und ihre Kompensation sprechen soll, sowie ein Dialogprozess über die Rolle der Meere beim Klimaschutz.

Weitere Kernelemente sind ein Aufruf an die Industrieländer, ihre Finanzbeiträge für Klimaanpassung in den Jahren 2019 bis 2025 zu verdoppeln und ein Aufruf, noch nicht aktualisierte nationale Klimaschutzpläne (Nationally Determined Contributions – NDCs) bis zur nächsten COP einzureichen. 153 Staaten hatten dies vor Glasgow bereits getan, die allerdings zusammen nur die Hälfte der globalen Emissionen repräsentieren. Die neuen Ankündigungen würden die Erderwärmung lediglich auf 1,8 bis 2,4 Grad Celsius bis zum Jahr 2100 begrenzen und damit das selbstgesteckte Ziel von 1,5 Grad Celsius weit verfehlen. Auch das Ziel der Industrieländer, jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutzfinanzierung in Entwicklungsländern bereitzustellen, wird weiterhin deutlich verfehlt.

Vor diesem Hintergrund wurde von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren ein regelrechtes ›Feuerwerk‹ von Ankündigungen, Partnerschaften und Absichtserklärungen gezündet, die zweifellos zu einer positiven Medienresonanz beitrugen, auch wenn manche schon öfter feierlich versprochen wurden wie etwa die von 120 Regierungschefs unterzeichnete ›Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Glasgow zu Wäldern und Landnutzung‹, die Waldzerstörung und Bodendegradation bis zum Jahr 2030 zu stoppen.

Neu war die ›Globale Methanverpflichtung‹ von 100 Staaten, die Methanemissionen bis zum Jahr 2030 um 30 Prozent zu senken. 29 Staaten, darunter Deutschland, gaben bekannt, ab Ende des Jahres 2022 keine weitere öf-

fentliche Finanzierung für fossile Brennstoffe mehr bereitzustellen.

Nach der Abreise der Regierungschefs wartete das eher weniger publikumswirksame und eigentliche Verhandlungsgeschäft auf die Delegierten, insbesondere die Vervollständigung des ›Regelbuchs für das Übereinkommen von Paris‹. Der noch fehlende Artikel 6, Kooperative Maßnahmen und Emissionshandel, wurde nun beschlossen. Dies ermöglicht nun ähnlich wie im Kyoto-Protokoll, jedoch hoffentlich effektiver, den internationalen Handel mit Emissionsrechten beziehungsweise Emissionsreduktionen. Allerdings ist mit der zeitlich begrenzten Anrechnung von 300 Millionen übriggebliebenen Emissionsgutschriften aus dem Kyoto-Protokoll versäumt worden, diese ein für alle Mal aus dem Verkehr zu ziehen.

### Ausblick

Die Reduktion von Treibhausgasemissionen ist nach den ernüchternden Erfahrungen mit dem Kyoto-Protokoll nicht mehr Gegenstand gemeinsamer Verhandlungen, sondern wie im Klimaübereinkommen von Paris vereinbart Sache der Vertragsstaaten. Nachdem die auf Paris folgenden Klimakonferenzen nun die Detailfragen des ›Pariser Regelbuchs‹ verhandelt haben, fehlt auf diesen Klimakonferenzen nun weitgehend die Verhandlungsdramatik. Die eigentlichen Auseinandersetzungen um den Übergang von einem von fossilen Energieträgern Wirtschafts- und Entwicklungsmodell zu einem postfossilen Zeitalter und über die Frage, wer die Gewinner und wer die Verlierer dieses epochalen Übergangs sein werden, finden jedoch in den einzelnen Staaten und Gesellschaften statt. Das Übereinkommen von Paris ist der Referenzrahmen.

#### Jürgen Maier

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Jürgen Maier über das Übereinkommen über die biologische Vielfalt, das Cartagena-Protokoll und das Nagoya-Protokoll sowie über die Klimarahmenkonvention, VN, 1/2021, S. 37, fort.)